

8
82

Union in Deutschland

Bonn, den 11. März 1982

Am 5. Juni Großdemonstration in Bonn

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8. März 1982 einstimmig beschlossen, am Samstag, dem 5. Juni 1982, in Bonn eine Großdemonstration zu veranstalten. Wie Helmut Kohl betonte, soll mit dieser Demonstration das Bekenntnis zum Frieden in Freiheit bekräftigt und unterstrichen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland Teil der Gemeinschaft der freien Völker ist. Einzelheiten werden den Parteigliederungen in Kürze mitgeteilt (siehe auch Seite 2, Helmut Kohl: Warum wir auf die Straße gehen).

Nach dem eindrucksvollen Sieg in Schleswig-Holstein: Mit gestärkter Kraft in die nächsten Wahlkämpfe

Zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein sagte Helmut Kohl: Der beeindruckende Erfolg der CDU bei diesen Wahlen ist nicht nur eine Bestätigung der soliden, an den Interessen der Bürger orientierten Politik der Union in den Kreisen, Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins, er ist auch eine klare Absage

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HELMUT KOHL

Warum wir auf die Straße gehen
Seite 2

■ BUNDESTAG

Noch nie wurden sozial
Schwache so stark belastet
wie von SPD und FDP
Seite 5

■ BABYJAHR

Wortbruch und Wählerbetrug
Seite 8

■ WAHLEN

Die stärksten Gewinne in
Schleswig-Holstein erzielte
die CDU in den Städten und
im Hamburger Randgebiet /
Ergebnisse und Pressestimmen
Seite 11

■ BUNDESPARTEI

Kommission für ein
jugendpolitisches Programm
berufen
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Subsidiarität: Der Weg zu einer
menschlichen Gesellschaft
grüner Teil

Helmut Kohl: Warum wir auf die Straße gehen

Wir wollen am 5. Juni gemeinsam mit unseren Freunden und Familien in Bonn für den Frieden in Freiheit, für unsere Bundesrepublik demonstrieren.

Wir wollen demonstrieren für unsere Freunde und Bündnispartner in Europa und in den USA, für unseren Rechtsstaat. Er war die Voraussetzung dafür, daß seit vielen Jahren in unserem Lande Wohlstand und soziale Gerechtigkeit geschaffen und der innere Frieden gesichert werden konnten.

Wir wollen vor aller Welt demonstrieren, daß wir zu unseren Freunden stehen, daß wir deutsche Patrioten sind, die ihr Vaterland lieben, daß wir weiterhin für den Frieden in Freiheit arbeiten.

(Fortsetzung von Seite 1)

an die Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP.

Der Parteivorsitzende dankte den Wählern der CDU für das erwiesene Vertrauen und gratulierte den Kandidaten und Wahlhelfern der CDU zu ihrem unter der Führung des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, errungenen Sieg. Die deutlichen Verluste von SPD und FDP seien ein Beleg für das schwindende Vertrauen der Bürger in die politische Gestaltungsfähigkeit dieser Parteien.

Die innere Zerrissenheit, die offenen Widersprüche zwischen ideologischen Forderungen und den tatsächlichen Notwendigkeiten weisen auf die zunehmende Regierungsunfähigkeit von SPD und FDP hin. Der Erfolg der schleswig-holsteinischen CDU ist eine Ermunterung für die gesamte Union, mit gestärktem Selbstvertrauen in die bevorstehenden Wahlkämpfe in Niedersachsen, Hamburg, Hessen und Bayern zu gehen.

Nach langem Hin und Her hat die Bundesregierung in der vergangenen Woche ihr Beschäftigungsprogramm vorgelegt, das angesichts der Arbeitslosenzahlen von fast zwei Millionen völlig unzureichend und zudem falsch angelegt ist, erklärte

Helmut Kohl dazu. Die Finanzierung durch die Anhebung der Mehrwertsteuer schaffe keine neuen Arbeitsplätze, sondern bedrohe die noch bestehenden; denn die höhere Mehrwertsteuer treibe die Preise nach oben und treffe die sozial Schwachen besonders hart.

Wir werden die unsolide und unsoziale Finanzierung über Steuererhöhungen ablehnen und mit der uns vom Wähler übertragenen Mehrheit im Bundesrat verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland braucht einen neuen Anfang. Nur durch einen grundlegenden Kurswechsel können die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Die von der Union vorgelegten sieben Punkte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind das richtige Instrument, um wieder Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu wecken.

In diesem Zusammenhang würdigte Helmut Kohl den Tarifabschluß in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie als einen Beitrag zur Stabilisierung der Produktionskosten. Damit sei dank der Einsicht der Gewerkschaften und der Arbeitgeber ein Schritt in die richtige Richtung getan worden. Er äußerte die Hoffnung, daß andere Tarifbereiche diesem Beispiel folgen werden.

■ INFORMATION

Vereinfachung von Verwaltungsverfahren

CDU und CSU wollen die Arbeitsweise der Behörden entscheidend verbessern, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger, vor Anlaß der Einbringung eines Antrags zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechts. Die von der Bundesregierung eingestandene Unterlassung jeglicher Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung fordere den Bundestag heraus. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe mit ihrem Antrag diese Herausforderung angenommen. „Wir treten für Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung, Bürgernähe und Kostendämpfung im öffentlichen Dienst ein: Sozialismus durch Bürokratismus wird keine Chance haben.“

Terrorismus-Gefahr bleibt bestehen

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Terrorismus, vor allem die RAF und die Revolutionären Zellen, seine terroristischen Aktivitäten wieder verstärkt. Trotz zahlreicher Anschläge oder versuchter Gewalttaten im Jahre 1981 und zu Beginn dieses Jahres konnte praktisch kein Täter gefaßt werden. Offensichtlich herrscht über die Grenzen zu unseren westlichen Nachbarn und in den Nahen Osten ein reges Kommen und Gehen von Terroristen. Hierzu brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage ein. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger, erklärte in diesem Zusammenhang: Die Kontakte von Terroristen zu Demonstranten in der Bundesrepublik Deutschland

sind offensichtlich enger geworden. Der Generalbundesanwalt hat erklärt, es gebe „eindeutige Anhaltspunkte dafür, daß für die gewaltsamen Ausschreitungen bei den großen Demonstrationen auch Revolutionäre Zellen und ... autonome Gruppen, die letztlich ja kriminelle Vereinigungen darstellen, verantwortlich sind“.

Angesichts der in den nächsten Monaten nicht auszuschließenden Konflikte, z. B. im Zusammenhang mit der NATO-Frühjahrstagung oder dem Besuch des amerikanischen Präsidenten, ist höchste Wachsamkeit geboten. Es erscheint mehr als zweifelhaft, ob die verantwortlichen Bundesminister — Baum und Schmude — wegen ihrer gezeigten unzulänglichen Amtsführung überhaupt in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit zu treffen.

Neuer Bundesvorstand des RCDS gewählt

Die 34. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) wählte in München den 23jährigen Freiburger Jura- und Geschichtsstudenten Johannes Weberling mit großer Mehrheit zum zweiten Male für das Amt des RCDS-Bundesvorsitzenden. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte die Bundesdelegiertenversammlung des RCDS den 20jährigen Jura-Studenten Michael Moeskes aus Münster und den 23jährigen Jura-Studenten Jürgen Clausius aus Gießen.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag des Bundesvorstandes zur Bildungsfinanzierung. In diesem Leitantrag betont der RCDS die Notwendigkeit hoher finanzieller Aufwendungen für den Bildungsbereich. Um die zur Verfügung stehenden Mittel besser einzusetzen, beschlossen die Delegierten, verschiedene vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderte

Programme auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen zu lassen. Übermäßige bürokratische Strukturen müßten im gesamten Bildungsbereich abgebaut werden. Darüber hinaus müsse man kritisch prüfen, inwieweit eine Teilprivatisierung der Studentenwerke sinnvoll sei.

Mit diesem Leitantrag beschloß die BDV weiterhin, für eine grundsätzliche Neustrukturierung der Ausbildungsförderung einzutreten. Kurzfristig müßten die BA-FÖG-Sätze aber den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Frühere DDR-Künstler im Adenauer-Haus

„Kunst im Widerspruch“ ist eine Ausstellung betitelt, die Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eröffnete. Gezeigt werden 45 Werke von 17 Künstlern, die früher in der DDR lebten und in Widerspruch zur Staatsführung gerieten. Die Maler und Bildhauer wohnen jetzt vorwiegend in West-Berlin. Von Weizsäcker betonte in seiner Ansprache, daß es uns existentiell etwas angehen müßte, wie die Menschen in der DDR denken, wozu die meisten in der DDR entstandenen Bilder wesentliche Aufschlüsse geben könnten.

Stärkung der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft

Einen qualitativen Ausbau und eine politische Stärkung der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft hat die Kommission für Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einem Besuch der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin gefordert. Der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Matthias Engelsberger, sagte in Bonn, daß der Fremdenverkehr sich gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten als ein recht stabiler Wirtschaftszweig erwiesen

habe. Er gebe gerade in den strukturschwachen Räumen wichtige Impulse für die übrigen Bereiche der Wirtschaft. Bund und Länder sollten deshalb in der gegenwärtigen Lage auch aus beschäftigungspolitischen Gründen die Investitionsförderung des Fremdenverkehrs nicht abbauen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht als Reisezielland der Welt an vierter Stelle nach den USA, Frankreich und Italien. Angesichts der hohen Devisenausgaben von Deutschen im Ausland ist es wichtig, noch mehr Ausländer für einen Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland zu interessieren.

Verführung der Jugend zur Grausamkeit

Zur Novellierung des Gesetzes zum Schutze der Jugend erklärte der Vorsitzende der parlamentarischen Arbeitsgruppe für Jugend, Familie und Gesundheit Hermann Kroll-Schlüter folgendes: Was muß eigentlich passieren, um die Bundesregierung endlich zu einer aktiven Jugendpolitik zu bewegen? Reicht es nicht, wenn der Lärmpegel vieler Discos auf 120 Dezibel steigt, wenn immer noch Alkohol an Jugendliche und Kinder ausgegeben wird, wenn Kriegsspielautomaten, Telecomputer und Videogeräte in sog. Spielhöhlen, auf deren Bildschirmen die Spieler Tötungshandlungen nachahmen, Menschen, Flugzeuge, Schiffe, Panzer abschießen oder Städte bombardieren können, zum Alltag vieler Jugendlicher und Kinder gehören?

Jugendgefährdende Tendenzen, Rauschmittelsucht, Drogenkonsum und Alkoholmißbrauch, Jugendkrawalle, Hausbesetzungen und politischer Radikalismus sind nicht nur Ergebnis einer allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung, sondern auch Folgen eines unzureichenden und überalterten Jugendschutzes.

■ BUNDESTAG

Noch nie wurden sozial Schwache so stark belastet wie von SPD/FDP

Bei der Debatte im Bundestag über den Jahreswirtschaftsbericht und das sog. „Beschäftigungsprogramm“ der Koalition (1. Lesung) warfen die Redner der Union der Bundesregierung vor, mit ihrem Programm den Weg in den „Abgaben- und Steuerstaat“ fortzusetzen und die Wirtschaft weiter zu verunsichern. Heiner Geißler hielt der Koalition vor, mit dem jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen vornehmlich sozial schwache Gruppen zu treffen.

Wörtlich erklärte Geißler: Niemals zuvor in der mehr als 32jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die sozial Schwächeren so belastet worden wie unter einem SPD-Kanzler. Mehr als 80 soziale Vorschriften wurden von der Koalition allein in den vergangenen Jahren mit dem Ziel geändert, Leistungen zu beseitigen, zu beschränken oder zu kürzen. Am meisten betroffen wurden Arbeiterfamilien mit Kindern, Rentner, Schwerbehinderte, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose.

Arbeiterfamilien mit Kindern werden durch die jüngsten Maßnahmen gleich dreifach belastet — durch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und durch die Kürzung des Kindergeldes.

Allein diese drei Maßnahmen bedeuten für eine Familie mit drei Kindern aufs Jahr bezogen einen Einkommensverlust von mehr als 800 DM. Die Rentner sind in den ver-

gangenen Jahren durch die Sozialdemokraten noch mehr zur Kasse gebeten worden. Der Rentenverlust einschließlich der Maßnahmen nach den Rentenänderungsgesetzen der Jahre 1978 ff. bedeutet aufs Jahr bezogen mehr als 1000 DM. Die SPD ist eine Regierungspartei, aber keine Arbeitnehmerpartei mehr, geschweige denn eine Rentnerpartei.

Diese sozialpolitische Entwicklung ist für die meisten Sozialdemokraten unerträglich. Aber sie setzen sich mit ihren sozialpolitischen Zielen in dieser Koalition nicht mehr durch. Das soziale Gewissen wird von ihnen geopfert auf dem Altar der Machterhaltung. Sie lassen sich von den Freien Demokraten deren Willen aufzwingen, von einer Partei, von der niemand weiß, welche Grundsätze bei ihr gerade gelten. Einer gilt allerdings immer. Es ist der olympische Grundsatz: Dabeisein ist alles.

CDU und CSU sind der Auffassung, daß in dieser schwierigen Zeit es ohne Einschränkungen nicht geht. Ich bin davon überzeugt, daß die Bürger bereit sind, Opfer zu bringen, daß sie sogar Mietpreiserhöhungen und Abstriche in der Sozialhilfe in Kauf nehmen und akzeptieren, wenn sie — und dies ist allerdings die Voraussetzung —

- ① wissen, wofür diese Opfer gebracht werden müssen,
- ② das Gefühl haben, daß die Opfer gerecht verteilt werden,
- ③ der Überzeugung sind, daß diese Opfer nicht vergeblich gebracht werden.

Aber diese drei Voraussetzungen sind heute nicht gegeben. Daran glauben die Leute nicht mehr: daß die Opfer einen Sinn haben, sie glauben nicht mehr, daß es gerecht zugeht, und sie glauben nicht, daß es mit dieser Regierung oder diesem Programm einen neuen Anfang gibt.

Diese geistige und wirtschaftliche Krise ist die Folge einer moralischen Krise dieser Regierung und des totalen Verlustes an Glaubwürdigkeit. Wer alle 14 Tage seine Meinung wechselt und fast ununterbrochen das Gegenteil von dem tut, was er vorher gesagt hat, verspielt jeden Kredit. Der Bundeskanzler hat am 6. März 1974 erklärt (DFS):

„Das, was man verspricht, muß man auch halten. Und deswegen habe ich in meinem ganzen politischen Leben immer versucht, nur soviel zu versprechen, wie ich weiß, das man halten kann.“

Die Wirklichkeit ist grausam. Es gab noch nie eine Regierung in Bund und Ländern seit 1945, die das Volk so hinter Licht geführt hat, wie diese SPD/FDP-Regierung.

Wir haben es nicht nur mit einer Wirtschaftskrise zu tun, sondern mit einer viel umfassenderen gesellschaftlichen und geistigen Krise. Seit Ludwig Erhard wissen wir, und dies war immer die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, daß zur Ankurbelung einer Volkswirtschaft nicht nur der Einsatz materieller Ressource, sondern vor allem die Bereitschaft der Menschen zur Mitarbeit, der Wille etwas zu unternehmen, das Vertrauen darauf, daß man sich auf die Regierung verlassen kann, gehört. Vollbeschäftigung und Wachstum sind nicht das Ergebnis technokratischer Einzelmaßnahmen, wie sie die Regierung vorlegt, sondern das Ergebnis von politischen Zielen, die Kreativität, Leistungsbereitschaft und Gemeinschaftssinn mobilisieren. Wer nur von Ökonomie etwas versteht, beherrscht auch diese nicht. Das heißt, in der jetzigen Situation ist genau das erforderlich, was der Bundeskanzler schon immer, auch

hier im Deutschen Bundestag, bestritten hat, nämlich geistige Führung.

In der gleichen Debatte stellte Walther Leisler Kiep fest:

Die Überschrift „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ ist nur eine wohltönende Worthölse. Wenn die Bundesregierung glauben machen will, daß mit den Maßnahmen nicht nur Valium zur Beruhigung der über die Arbeitsmarktlage mit Recht besorgten Gewerkschaften verabreicht wird, kann man nur fragen, weshalb läßt sich die Bundesregierung mit der Verwirklichung so viel Zeit.

Die Bundesregierung hat am 3. Februar außer Mehrwertsteuer und Investitionszulage weitere Maßnahmen zur „Förderung von privaten und öffentlichen Investitionen“ beschlossen. Zum gleichen Zeitpunkt aber, als die Regierung neue Investitionen beschloß, mußte der Finanzminister zugeben, daß 1981 für die bewilligten Investitionen in einer Größenordnung von 1½ Mrd. DM trotz massiver Höherverschuldung kein Geld da war.

Was ist das für eine widersinnige Politik: Es werden neue Investitionen angekündigt, während die bereits durch das Parlament beschlossenen Investitionen mangels Masse nicht finanziert werden können. Und die neuen Investitionen können nur über einen Nachtragshaushalt 1982 in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Weshalb liegt heute zwar das Mehrwertsteuererhöhungsgesetz, aber immer noch kein Nachtragshaushalt vor?

Die Rätselfrage, wie eigentlich eine Mehrwertsteuererhöhung die Beschäftigungslage verbessern soll, ist bisher noch in keiner Weise beantwortet. Durch die hieraus finanzierte Investitionszulage wird belohnt, wer sich in der Vergangenheit zurückgehalten, bestraft aber wird, wer in den letzten Jahren auch ohne Zulage kräftig investiert hat.

Mehr Beschäftigung wird die Investitionszulage — wie auch die neuen Einheitswer-

te — dort bringen, wo sie am wenigsten benötigt wird — bei den Finanzämtern und in den Steuerberaterbüros. Ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung des Investitionsklimas ist diese Zulage aber nicht. Der Vorteil wird sich bei florierenden Großkonzernen konzentrieren, die ohnehin investieren und die hier vorhandenen mehrjährigen Investitionspläne in der Verwirklichung lediglich vorziehen. Kleine und mittlere Betriebe, immerhin 98 % der 1,9 Mio. Unternehmen in der Bundesrepublik, die über 60 % aller Arbeitnehmer beschäftigen und über 80 % der Lehrstellen für Auszubildende stellen, werden daran nur teilhaben, wenn sie gerade eine Investitionspause hinter sich haben.

Aber auch dann sind die Voraussetzungen ohne zweifelhafte Tricks schwer zu erreichen. Ein Unternehmer, der im Durchschnitt der letzten drei Jahre für jeweils 500 000 DM investiert hat, im Jahre 1982 hierfür aber 750 000 DM ausgibt, erhält eine Zulage nur dann, wenn diese 750 000 DM zu mehr als 500 000 DM auf neuen Einstellungen beruhen. Andernfalls geht er leer aus, obwohl er 50 % mehr investiert hat als in den letzten drei Jahren.

Durch die vorgesehenen kurzen Fristen (Bestellung im Jahre 1982, Fertigstellung bis Ende 1983 bei beweglichen und bis Ende 1984 bei unbeweglichen Gütern) werden im übrigen vor allem kurzfristige Investitionen begünstigt, insbesondere Rationalisierungsinvestitionen. Langfristige Investitionen, vor allem Erweiterungsinvestitionen, bleiben dagegen weitgehend ausgeschlossen. Gerade diese aber sind erforderlich, wenn man neue Arbeitsplätze schaffen will.

Eine Investitionszulage in dieser Ausgestaltung ist wirtschafts- und beschäftigungspolitisch eine Mißgeburt. Wenn das dann auch noch über eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert wird, die Kosten und Preise weiter nach oben treibt, und soweit nicht überwälzbar, die Erträge der Wirtschaft, aus denen Investitionen letztlich fi-

nanziert werden müssen, weiter nach unten drückt, ist der Schaden für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer größer als der Nutzen.

MdB Theo Waigel führte in der Debatte u. a. aus:

In der Zeit der politischen Verantwortung von SPD und FDP ist die Wirtschaft der Bundesrepublik aus einer Position relativer Stärke in eine Position latenter Schwäche abgerutscht.

Es bedarf einer Politik der Stetigkeit über einen langen Zeitraum, um wieder Ruhe, Besonnenheit und mittelfristige Orientierung in das Kapitalmarktgeschehen zu bringen. Fast alle Sachverständigen sind sich einig, daß konjunkturpolitische Maßnahmen zur Lösung der gegenwärtigen Wachstumsprobleme ungeeignet sind. Sie können höchstens kurzfristig stimulierend wirken, verschlechtern aber die Voraussetzung für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

Wirtschaftspolitik muß daher darauf abstellen, die Schwächen, die sich während des vergangenen Jahrzehnts in der Wirtschaftsstruktur herausgebildet haben, abzubauen. Dazu ist das von SPD und FDP vorgelegte Steuererhöhungsprogramm kein geeigneter Beitrag. Nur ein mittelfristig angelegtes Wachstumskonzept, eingeleitet durch eine realistische Tarifpolitik und begleitet von einer auf Sanierung angelegten mittelfristigen staatlichen Finanzpolitik, schafft Spielraum für eine Reduzierung der Zinsen, bringt eine verbesserte Ertragskraft der Unternehmen, verbessert die Eigenkapitalbildung und schafft damit Investitionen und Arbeitsplätze.

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherheit.

Nur auf diesem Fundament wird eine Wende der Wirtschaftspolitik stattfinden können.

■ BABYJAHR

Wortbruch und Wählerbetrug

Zu Verlautbarungen, die Bundesregierung wolle das für die Rentenreform '84 zugesagte Babyjahr streichen, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): SPD, FDP und die Bundesregierung haben allen Frauen vor der letzten Bundestagswahl feierlich die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht (Babyjahr) versprochen.

Im SPD-Wahlprogramm '80 heißt es: „*Allen Müttern soll in der Alterssicherung für jedes Kind ein Erziehungsjahr gutgeschrieben werden. Das gilt für heutige Rentnerinnen, für Mütter, die Kinder geboren haben und später in Rente gehen werden, und für Mütter (wahlweise Väter), deren Kinder nach 1984 geboren werden. Die SPD hat sich für ein Kindererziehungsjahr entschieden, weil nur so die Reform allen Müttern zugute kommen kann.*“

Im Wahlprogramm '80 verweist die FDP auf ihre 32 Thesen zur Alterssicherung. Dort fordert die FDP:

„Der Generationenvertrag bleibt nur funktionsfähig, wenn auch künftig genügend Beitragszahler vorhanden sind, um die Rentenansprüche der heutigen Beitragszahler zu erfüllen (These 24).“

Die Erziehungszeiten sollen für jedes Kind mit 3 Versicherungsjahren berücksichtigt werden. Soweit diese Regelung aus Haushaltsgründen nur stufenweise verwirklicht werden kann, sollte für jedes Kind zu-

nächst mindestens ein Versicherungsjahr vorgesehen werden (These 26).“

Und in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 24. November 1981 heißt es klipp und klar zur Rentenreform '84:

„Ferner wird die Anrechnung eines Jahres der Kindererziehung vorgesehen.“

An diesen feierlichen und eindeutigen Zusagen müssen SPD und FDP sich jetzt messen lassen. Wenn die Bundesregierung dieses Millionen von Frauen gegebene Versprechen sang- und klanglos zurücknehmen will, so ist das Wortbruch und Wählerbetrug! Die jetzt als Begründung angeführte Finanzlage der Rentenversicherung war der Bundesregierung auch bei Abgabe der zitierten Wahlversprechen bekannt.

Millionen von Frauen, die ihre Kinder in den Kriegsjahren in Not und Entbehrung großziehen mußten, will die Bundesregierung jetzt die für 1984 versprochene Rentenerhöhung von rund 30 DM für jedes Kind wieder streichen.

Unsere Rentenversicherung als Generationenvertrag kann nur Bestand haben, wenn die jeweils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alterseinkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden.

Die skandalöse Benachteiligung der Mütter im Rentenrecht muß endlich beseitigt werden. Diese Maßnahme ist für den langfristigen Bestand unserer Rentenversicherung zu wichtig, als daß sie wegen Finanzierungsgesichtspunkten aufgegeben werden könnte. Sollte es nicht anders möglich sein, muß das notwendige Geld durch Umschichtung aufgebracht werden.

■ KOALITION

Auf dem linken Auge blind

Als der FDP-Generalsekretär Verheugen vor dem in Köln versammelten linken Flügel der FDP es wagte, mit einem Halbsatz auf die Menschenrechtsverletzungen in Polen hinzuweisen, löste er lauten Protest seiner angeblich liberalen Zuhörer aus.

Wie froh wären die Polen, so erklärte zu diesem Vorfall der CDU-Sprecher Wolter v. Tiesenhausen, hätten sie wie die Bürger El Salvadors die Möglichkeit, in freien Wahlen unter Beobachtung ausländischer Delegationen eine Regierung ihres Vertrauens zu bestimmen. Doch unter dem Druck der Linken zog Außenminister Genescher seine Zusage, ebenfalls Wahlbeobachter nach El Salvador zu entsenden, zurück.

Erst nein, dann ja . . .

Auf scharfe Kritik der Opposition stieß in Bonn, daß der sowjetischen Kosmonautin Tereschkowa, die dem Zentralkomitee der KPdSU angehört, und dem sowjetischen Jugendführer Pastuchow nach anfänglicher Ablehnung doch Einreisevisa für die Bundesrepublik erteilt worden sind. „Es entsteht der fatale Eindruck, daß die Bundesrepublik beim leisesten Widerstand aus einer ganz bestimmten Richtung sofort eine knieweiche Haltung einnimmt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jenninger.

Der ungewöhnliche Fall hatte damit begonnen, daß Frau Tereschkowa und Pastuchow — im Unterschied zu dem Moskauer ZK-Mitglied Samjatin — von der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau kein Visum erhielten. Dagegen protestierten die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), als deren Gast Frau Tereschkowa

in Hamburg auftreten sollte, das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und die Moskauer Presse. 24 Stunden später kam dann die Nachricht, die Sichtvermerke für die beiden Funktionäre seien nun doch erteilt worden.

SPD leistet keine effektive Arbeit mehr

Der 61jährige Herbert Effenberger, seit 18 Jahren Mitglied der SPD und seit 1970 SPD-Ratsherr im Lohner Stadtrat, der bei der niedersächsischen Kommunalwahl im September 1981 in seinem Wahlbereich in Lohne das mit Abstand beste Ergebnis aller SPD-Stadtratskandidaten erzielt hatte, ist aus der Fraktion und der Partei der SPD ausgetreten.

Effenberger begründete seine Entscheidung damit, daß die SPD „keine effektive Arbeit mehr leistet und schon lange nicht mehr die Interessen der Arbeitnehmer vertritt“.

Auch in Bad Rothenfelde erklärten drei SPD-Ratsherren ihren Austritt aus der Bundespartei und der Ratsfraktion. Die drei Sozialdemokraten wollen künftig eine unabhängige Fraktion im Gemeindeparlament des Heilbades bilden. Zur Begründung führte der Sprecher der neuen Gruppierung, Peter Isbrand, an, man wolle künftig eine sachbezogene Politik machen, die nicht auf Kompromissen und Parteienklüngel aufbauen müsse.

Nach monatelangen internen Auseinandersetzungen haben 34 Wilhelmshavener SPD-Mitglieder, die dem linken Flügel angehören, ihren Parteiaustritt erklärt. In einer umfangreichen Erklärung warfen sie der SPD vor, Schindluder mit den eigenen Zielen getrieben und damit im Bund und in der Kommune einen Scherbenhaufen angerichtet zu haben. Die Gruppe will zunächst kommunalpolitisch arbeiten und Kontakt zu dem früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen halten.

SDAJ droht mit Gewalt

Der VII. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) am 7. und 8. März in Düsseldorf hat sich scharf gegen jede Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik gewandt. Die etwa 750 Delegierten verlangten „im Kampf für Frieden und Abrüstung“ auf der Grundlage des „Krefelder Appells“ auch das Verbot der Produktion und Stationierung der Neutronenbombe, den Abbau der Rüstungsproduktion und die Einstellung von Rüstungsexporten.

In einem Antrag heißt es herausfordernd: „Die Sattelschlepper, die die Atomraketen zu ihren Abschußrampen bringen sollen, werden unsere ‚Barrikade des Friedens‘ überwinden müssen. Der Kampf gegen die Startbahn West ist uns ein Vorbild, aber es ist nur ein Vorgeschmack auf das, was an Kämpfen zu erwarten ist.“

In Essen trat auf einer Veranstaltung der SDAJ der DDR-Luftwaffenoberst Sigmund Jahn, 1978 mit sowjetischen Kosmonauten als erster Deutscher im Weltraum, als Diskussionsredner auf.

Genscher tadelt Berliner FDP-Parteijury

Das Landesschiedsgericht der Berliner Freien Demokraten verhängte gegen vier der FDP-Abgeordneten im Landesparlament, die mit ihren Stimmen der CDU das Regieren ermöglichen, abgestufte Parteistrafen. So wurden der Fraktionsvorsitzende Vetter und sein Stellvertreter Rasch für die Dauer von zwei Jahren von der Ausführung aller Parteiämter ausgeschlossen, während die Abgeordneten Dittberner und Swinne das Recht für ein Jahr abgesprochen wurde, Parteifunktionen wahrzunehmen. Die Abgeordnetenmandate bleiben von der Maßnahme unberührt.

Der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Diet-

rich Genscher hat nach dem Bekanntwerden der Parteistrafen den zu ihnen zählenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Horst Vetter angerufen und ihm erklärt, die vier Politiker hätten richtig gehandelt. In einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ bezeichnete Genscher die Entscheidung der Partei-Jury als „höchst illiberal“. Die vier Abgeordneten „erfüllen nichts anderes als ihre Pflicht gegenüber den Wählern, nämlich, die Stadt regierbar zu machen“. Sie besäßen deshalb „meine und die volle Unterstützung der Bundespar-tei“.

SPD-Fraktion delegierte 23 „Rechte“ zum Parteitag

In der SPD-Bundestagsfraktion sind bei den Wahlen ihrer 23 Delegierten zum Bundesparteitag Ende April in München ausnahmslos Kandidaten des rechten Flügels zum Zuge gekommen. 15 Bewerber fielen durch, darunter alle zur „parlamentarischen Linken“ gehörenden. Die meisten Stimmen (141 bei 182 abgegebenen) erhielt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundespostministerium, Helmut Becker, der dieses Amt seit November 1980 ausübt.

Resignation

Nach Auffassung des schleswig-holsteinischen Innenministers Uwe Barschel (CDU) verhindern Resignation und Personalnot beim Bundeskriminalamt (BKA) zur Zeit ähnliche Erfolge wie etwa bei den italienischen Terroristenfahndern. Barschel, der auch Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK) ist, lastete Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) einen Hauptteil der Schuld an. Baum habe es beispielsweise zugelassen, daß „das Ausbauprogramm für das BKA entgegen den Sicherheitserfordernissen um etliche Jahre gestreckt wird“.

■ SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die stärksten Gewinne in den Städten und im Hamburger Randgebiet

Nachfolgend gibt der Sprecher des Landesverbandes Schleswig-Holstein eine erste Analyse über den Ausgang der Kommunalwahlen vom letzten Sonntag.

Das im Sommer 1981 gesteckte Ziel wurde erreicht, die berühmte 50 vor dem Komma. Mit einem Ergebnis von 50,1 Prozent bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein für die CDU konnte das gute 78er Ergebnis noch um 0,9 Prozent übertroffen werden. So waren die Meinungen und Wertungen des Wahlausgangs vom 7. März in der Wahlnacht auch beim politischen Gegner eindeutig. Klarer Sieger CDU lautete es auf allen Pressekonferenzen.

Doch ebenso eindeutig war das Urteil für das katastrophale Abschneiden der SPD. Die Sozialdemokraten sind als die klaren Verlierer anzusehen. Landesvorsitzender Günther Jansen hatte aber sehr schnell die Ursache zur Hand: Der Trend war gegen uns. Von verfehlter eigener Politik kein Wort. Höchstens noch kritische Bemerkungen für den Bonner Koalitionspartner FDP.

Das Ergebnis im einzelnen: CDU 50,11 Prozent, SPD 34,55 Prozent, FDP 6,84 Prozent und grüne Formationen erreichten addiert bemerkenswerte 3,9 Prozent. Die Südschleswigsche Wählervereinigung, die Interessenvertretung der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig, konnte gegenüber 1978 noch einmal rund 1 000 Stimmen zulegen und erreichte 1,82 Prozent. Die DKP, die vor vier Jahren gut

siebeneinhalbtausend Wähler auf sich vereinigen konnte, schnitt diesmal mit 3 800 Stimmen und 0,27 Prozent nur mit halbiertem Erfolg ab. Die alte Hochburg Barmstedt im Landkreis Pinneberg wurde allerdings gehalten und erneut zwei Sitze im Stadtrat erkämpft.

Die größte Überraschung bei den Kommunalwahlen stellt jedoch das Ergebnis der grünen Formationen dar. Bereits gegen 18.15 Uhr zeichnete sich dies ab, denn traditionell meldet die Hallig Gröde zu diesem Zeitpunkt ihr Ergebnis: 14 Wahlberechtigte, 13 Wähler. Davon entfielen sieben Stimmen an die CDU, vier an die Grüne Liste Schleswig-Holstein und eine an die SPD. Stimmverluste: vier für die CDU, eine für die SPD. Dieser „Gröder Trend“ setzte sich fort, verstärkt noch durch das starke Abschneiden der in Schleswig-Holstein bei Kommunalwahlen in allen Landesteilen auftretenden Wählergemeinschaften, die zusammengenommen mit den grünen Parteien runde 6,3 Prozent erlangten.

So muß dem Stimmenzuwachs von 0,9 Prozent für die CDU bei der diesmal besonderen Konkurrenz besonderer Wert zugemessen werden. Bei gut vier Prozent geringerer Wahlbeteiligung gegenüber 1978 versagten lediglich 1 900 Wähler der CDU die Stimme. Der Erdrutsch liegt auf seiten der SPD. Gut 96 000 Wähler versagten den Sozialdemokraten ihre Stimme oder wechselten die Fronten, wobei erfahrungsgemäß nicht die CDU von einem solchen Verhalten profitiert, sondern eher al-

ternative und bunte Formationen. Die Verluste, die die FDP einstecken mußte, hielten sich zwar mit 0,4 Prozent zum 78er Ergebnis in Grenzen, jedoch halbierte sich der Stimmenanteil nahezu im Vergleich zur Bundestagswahl (6,8 zu 12,7).

Als besonders erfreuliche Zeichen wertet Schleswig-Holsteins CDU-Landesvorsitzender, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, zwei Aspekte des Wahlausgangs. Zum einen hat sich der bei in Kommunalwahlen in anderen Bundesländern festgestellte Trend zum Sturz der roten Rathäuser auch im nördlichsten Bundesland fortgesetzt. In Neumünster und Norderstedt erkämpfte die CDU die absolute Mehrheit, in Kiel die Mehrheit, in Lübeck und Flensburg wurden die Positionen als stärkste Fraktionen ausgebaut.

Ebenso bemerkenswert sind die beträchtlichen Stimmengewinne in Südholstein, im sogenannten Hamburger Randgebiet. Hier hat die CDU in Städten wie Norderstedt, Kaltenkirchen und Glinde mit besonders hohem Arbeitnehmeranteil überdurchschnittliche Gewinne erzielt, denen überdurchschnittliche Verluste der SPD gegenüberstehen.

Dieses ausgezeichnete Ergebnis kann nicht nur mit der weitverbreiteten Wahlenthaltung sozialdemokratischer Stammwähler begründet werden. Eine größere Zahl von Einzelergebnissen zeigt, daß in beträchtlichem Umfang SPD- und FDP-Wähler von 1978 dieses Mal die CDU gewählt haben.

Auf dem Hintergrund günstiger Meinungsbefragungen auf Bundesebene sind die Verluste der FDP besonders aufschlußreich. Die Freien Demokraten sind in der Gefahr, in den Sog der Vertrauenskrise der SPD zu geraten. Immer mehr liberale Wähler verstehen nicht, daß sie in Bonn eine zerstrittene und handlungsunfähige SPD in der Regierungsführung lassen und

sich in der Landespolitik weitgehend an die SPD annähern.

Die SPD Schleswig-Holsteins ist nicht nur ein Opfer des negativen Bundestrends, sondern auch ihrer eigenen Doppelstrategie geworden. Die betonte Politik der Konfrontation zur Bundesregierung wird von einem erheblichen Teil ihrer Wähler nicht mehr honoriert. Uwe Ronneburger, Landesvorsitzender der Freien Demokraten in Schleswig-Holstein, formulierte es konkret: Die SPD des nördlichsten Bundeslandes muß sich allmählich überlegen, ob sie auf Dauer auf Konfrontationskurs bleiben will oder die Bonner Koalition stützt.

SPD-Landesvorsitzender Jansen zeigte jedoch wenig Einsicht. Er zieht aus dem Wahlergebnis die Konsequenz, daß die Stabilität der „sozialliberalen“ Koalition verstärkt werden müsse durch die Konzentration auf zwei Aufgaben: Friedenssicherung durch Abrüstung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich am Maßstab der sozialen Gerechtigkeit in wirtschaftlich schwieriger Zeit orientieren. Der größere Partner in Bonn müsse dem kleineren Partner endlich deutlich machen, daß Kürzungen und Sozialentscheidungen nicht immer die kleinen Leute treffen dürfe.

Rund ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein wurden am Sonntag die Ausgangspositionen festgelegt. Die CDU hat in den Vertretungen der vier kreisfreien Städte und der elf Kreistage ihre Position gefestigt bzw. verbessert. Die Erfahrung im nördlichsten Bundesland zeigt dabei, daß innerhalb weniger Monate Wählerstimmen entscheidend umschlagen können.

Die CDU kletterte immerhin im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 um 11,2 Prozent, die SPD verlor 12,1 Prozent und die FDP 5,9 Prozent. Der Wahlerfolg vom Sonntag wird von der CDU als eine Ver-

Vorläufiges Endergebnis aus Schleswig-Holstein

Parteien	Kommunalwahl 1982		Kommunalwahl 1978		Landtagswahl 1979		Bundestagswahl 1980	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
CDU	704 120	50,1	705 989	49,2	757 664	48,3	682 791	38,9
SPD	485 472	34,6	581 409	40,5	653 982	41,7	794 900	46,7
FDP	96 133	6,8	104 464	7,3	90 131	5,8	216 552	12,7
Grüne Liste	12 089	0,9	—	—	38 009	2,4	—	—
SSW	25 594	1,8	24 380	1,7	22 293	1,4	—	—
DKP	3 816	0,3	7 433	0,5	3 123	0,2	2 474	0,1
Die Grünen	42 973	3,1	—	—	—	—	23 520	1,4
Sonstige	34 868	2,4	11 706	0,8	3 631	0,2	3 680	0,2

pflichtung für eine bürgernahe und ideenreiche Kommunalpolitik betrachtet. Ausgehend von diesem Ergebnis wird die Union jetzt verstärkt daran arbeiten, daß 1983 im Landtag auch wieder eine neue CDU-Mehrheit einziehen wird.

Als bedenklich muß eine radikale Begleiterscheinung des Wahlergebnisses bewertet werden. In Kiel kandidierte erst-

mals eine sogenannte Liste für Ausländerbegrenzung, die mit knapp vier Prozent ein besorgniserregendes Ergebnis erzielte. In einem Wahlbezirk auf dem Kieler Ostufer, an dem die Entlassungen planende Werft HDW liegt, und die SPD früher 60 Prozent als Stammergebnis buchte, wählten gar 6,2 Prozent die Ausländer-Liste und nur noch 48 Prozent die SPD.

... und das schreibt die Presse

Ein bundespolitisches Signal ist es gleichwohl: gerade die SPD sollte nicht vergessen, daß sie in Bonn erst an die Macht kam, nachdem sie in den Gemeinden und den Ländern ihre Position ausbauen konnte. Setzte sich die in Schleswig-Holstein erkennbar gewordene Entwicklung demnächst in Niedersachsen, Hamburg und Hessen fort, dann wären die Tage der sozial-liberalen Koalition in Bonn in der Tat gezählt. Schon immer haben die Wähler in den Städten den Trend vorgegeben, während die Wähler auf dem Lande mit einiger Verzögerung nachfolgten.

Stuttgarter Zeitung, 9. März 1982

Wenn das große Unbehagen über die sozial-liberale Koalition in Bonn schon bis in die Gemeinden durchschlägt, wo norma-

lerweise noch am ehesten die örtlichen Verhältnisse die Wahlentscheidung beeinflussen, dann kann man sich ausrechnen, wie stark die Landtagsentscheidungen dieses Jahres in den Sog der großen Politik geraten werden. Deshalb ist es rätselhaft, woher der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Hoffnung nimmt, seine Partei werde in zwei Wochen bei den niedersächsischen Landtagswahlen besser abschneiden. Und Augenwischerei ist es, wenn sich der FDP-Landesvorsitzende Uwe Ronneburger dagegen zur Wehr setzt, diese Kommunalwahlen als eine „Testwahl“ für die Bundespolitik und die Landtagswahlen in anderen Bundesländern anzusehen.

Frankfurter Rundschau, 9. März 1982

Wenn sich der Abwärtstrend der SPD in Niedersachsen, Hamburg und Hessen so fortsetzen sollte, sind drastische Rückwirkungen auf Bonn unvermeidlich. Die Koalition kann sich dann nur noch zwischen der sofortigen Auflösung und dem Risiko von Neuwahlen entscheiden. Es ist sicher kein Zufall, daß in der FDP immer öfter das Stichwort „Neuwahlen“ fällt, wenn auch verbrämt mit der Beteuerung, an ihr werde die Bonner Koalition nicht scheitern.

Süddeutsche Zeitung, 9. März 1982

Muß schon das Landesdurchschnittsergebnis der schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen für die SPD in höchstem Maße beunruhigend sein, so machen doch erst die Einzelergebnisse in den Städten und Kreisen unmißverständlich klar, wie tief das Ansehen dieser Partei bei den Wählern gesunken ist.

Rheinische Post, 9. März 1982

Die SPD siecht dahin.

Kölnische Rundschau, 9. März 1982

Signale des Umbruchs.

Die Welt, 9. März 1982

Insgesamt signalisieren die Trends des Wahlsonntags in Schleswig-Holstein eine innenpolitische Phase des Umbruchs. Mit einer Staatskrise hat das nichts zu tun, eher mit dem herannahenden natürlichen Ende der sozialliberalen Ära.

Handelsblatt, 9. März 1982

Im meerumschlungenen Land zwischen Marsch und Geest, in dem die Sozialdemokraten vor eineinhalb Jahren bei der Bundestagswahl noch 49,7 Prozent der Erststimmen auf sich vereinigen konnte, wurde unmißverständlich demonstriert: Die Wähler laufen der SPD in Scharen davon.

Westfälische Nachrichten, 8. März 1982

Das Ansehen der Bonner Koalition war selten derart ramponiert, die Aussicht auf ihr baldiges Ende nie so öffentlich greif-

bar. Noch scheint dies alles zu Lasten der SPD zu gehen, mit dem Ergebnis, daß der SPD-interne Druck gegen liberale „Überheblichkeit“ weiter wächst. Und das wiederum könnte Genscher den Absprung leichter machen, wenn er sich aus dem Strudel in Sicherheit bringen will, in den die Koalition geraten ist.

Rhein-Neckar-Zeitung, 8. März 1982

So hat die Wahl in Schleswig-Holstein — obwohl es nur eine Kommunalwahl war — die Verhältnisse in der deutschen Innenpolitik beeinflusst. Zum erstenmal seit einem Jahr hat die Bonner Koalition die Zechen vom Sommertheater und vom Beschäftigungshack bezahlen müssen. Sollte dieser Trend sich in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen, ist nicht ausgeschlossen, daß die Republik wieder eine verfrühte Bundestagswahl erlebt.

Darmstädter Echo, 9. März 1982

Für die CDU hingegen konnte das Vorspiel zu den Landtagswahlen in diesem Jahr nicht gelungener ausfallen. Sie hat erneut bewiesen, daß sie sehr wohl in der Lage ist, eine absolute Stimmenmehrheit zu erreichen. Sie hat im Hamburger Umland kräftig abgesahnt und in den vier kreisfreien Städten des Landes die Mandatsmehrheit geholt. Ihr Zuwachs ist insgesamt nicht riesig. Aber eine Partei, die schon knapp unter 50 Prozent liegt, hat's mit Gewinnen besonders schwer.

Ruhr-Nachrichten, 9. März 1982

Die fatale Klemme, in der die SPD offensichtlich steckt: Verärgert über das zerrissene Bild der Partei, bleiben alte Stammwähler zu Hause, ohne daß dafür genügend Junge vom Durchmarsch zu den Grünen abgehalten werden können. Und der bundespolitische Wind bläst der CDU bürgerliche Stimmen allemal zu. Kaum zu glauben, daß dies in 14 Tagen bei der Niedersachsenwahl entscheidend anders ist...

Neue Presse, Frankfurt, 9. März 1982

Kommission für ein jugendpolitisches Programm berufen

Die vom CDU-Bundesvorstand berufene „Zukunftskommission Jugend“ hat sich am Donnerstag, 4. März 1982, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn konstituiert. Die Leitung hat Heiner Geißler, zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dr. Renate Hellwig gewählt.

Die Kommission aus Wissenschaftlern, Experten und Politikern will sich mit den Fragen, Problemen und Zukunftsperspektiven der jungen Generation beschäftigen und dazu auch konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten.

Folgende Persönlichkeiten werden der Kommission angehören:

Dr. Christopher **Dannenmann**, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands; Prof. Roland **Eckert**, Universität Trier; Dr. Renate **Hellwig**, MdB; Irmgard **Karwatzki**, MdB; Hermann **Kroll-Schlüter**, MdB; Ludwig **Kühnhardt**, Journalist; Dr. Gerd **Langguth**, Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung; Senator Dr. Hanna-Renate **Laurien**; Prof. Dr. Dieter **Oberndörfer**, Universität Freiburg; Anton **Pfeifer**, MdB; Friedberg **Pflüger**, Senatskanzlei Berlin; Minister Dr. Werner **Remmers**; Prof. Dr. Leopold **Rosenmayr**, Universität Wien; Landesrat Helmut **Saubier**, Landesjugendamt des Landschaftsverbandes Rheinland; Prof. Dr. Gerhard **Schmidtchen**, Universität Zürich; Walter **Tacke**, Emnid-Institut für Markt- und Sozialforschung; Erwin **Teufel**, MdL; Ministerpräsident Dr. Bernhard **Vogel**; Johannes **Werberling**, Bundesvorsitzender des RCDS; Dr. Helga **Wex**, MdB; Matthias **Wissmann**, MdB, Bundesvorsitzender der Jungen Union; Dr. Bernhard **Worms**, MdL; Christian **Wulff**, Bundesvorstand der Jungen Union.

Stichwort

Investitionszulage

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer beschäftigungspolitischen „Gemeinschaftsinitiative“ u. a. auch eine befristete zehnprozentige Investitionszulage beschlossen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme wird bezweifelt. Die Zweifel werden vor allem damit begründet, daß

1. die Erfahrungen mit Investitionszulagen nicht ermutigend sind. So brachte die Investitionszulage aus den Jahren 1974/75 im wesentlichen nur einen „Strohfeuer-Effekt“. Finanzielle Vergünstigungen wurden „mitgenommen“, ohne daß es zu einem nachhaltenden Investitionsstoß gekommen wäre;

2. die jetzige Investitionszulage zu einem „Lotteriespiel“ insbesondere für mittelständische Unternehmen wird. Da nur jener Teil der Investitionsausgaben begünstigt wird, der über dem Durchschnitt der Jahre 1979—1981 liegt, werden gerade die Unternehmen bestraft, die auch in jenen schlechten konjunkturellen Zeiten den Mut und die Mittel hatten, zu investieren;

3. die tatsächliche Investitionsförderung viel zu gering ist, um Wirkungen zu zeigen. Beispiel: Ein Unternehmen, das von 1979 bis 1981 im jährlichen Durchschnitt 1 Mio. DM investiert hat und seine Investitionsausgaben auf 1,2 Mio. DM steigert, erhält für die zusätzlichen Investitionen von 200 000 DM — und nur für diese — eine Zulage von 10% = 20 000 DM. Das ist — bezogen auf den gesamten Investitionsaufwand von 1,2 Mio. DM — eine Zulage von nicht mehr als 1,7%. Damit wird nichts bewegt. Denn selbst bei der 1975er Regelung, bei der die Zulage immerhin noch bei echten 7,5% lag, waren die Wirkungen verschwindend gering.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- | | |
|---|--|
| <p>15. 3. LV Baden-Württemberg
Landesvorstand und Präsidium
Stuttgart</p> <p>16./17. 3. KPV
Bundesvorstand/Hauptausschuß
Düsseldorf</p> <p>19./20. 3. CDA Hessen
Landestagung, Wiesbaden</p> <p>19. 3. CDA Rheinland
Landesvorstand, Düsseldorf</p> <p>19. 3. Frauenvereinigung
Europa-Sektion, Vorstand
Bonn</p> <p>20. 3. CDA Rheinland
Hauptversammlung, Düsseldorf</p> <p>21. 3. Landtagswahl
Niedersachsen</p> <p>22. 3. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Dortmund</p> <p>22. 3. CDU-Präsidium
Sitzung, Bonn</p> <p>22. 3. CDU-Bundesvorstand
Sitzung, Bonn</p> <p>23. 3. MIT-Bund
Bundesvorstand, Düsseldorf</p> <p>24. 3. MIT-Bund
Fachkonferenz Freie Berufe,
Düsseldorf</p> <p>24./25. 3. CDA Westf.-Lippe/Rheinland
Konferenz/DGB-Sekr. u. Sozial-
seminar, Lindlar</p> | <p>24. 3. Junge Union Saar
Landesvorstandssitzung,
Saarbrücken</p> <p>24. 3. Junge Union Saar
Landesrat, Saarbrücken</p> <p>25. 3. Junge Union Westf.-Lippe
Landesvorstand, Dortmund</p> <p>25. 3. LV Westf.-Lippe
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Dortmund</p> <p>25. 3. KPV-Saar
Landesvertreterversammlung,
Saarbrücken</p> <p>26. 3. Frauenvereinigung-Bund
Bundesvorstand, Bonn</p> <p>26. 3. LV Braunschweig
Landesvorstand, Braunschweig</p> <p>27. 3. CDA Hessen
Arbeitstagung IGM-AG, Königs-
winter</p> <p>27. 3. CDA-LV Westf.-Lippe
Landesversammlung,
Schwerte</p> <p>27. 3. CDA Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Bad Bramstedt</p> <p>29. 3. LV Bremen
Landesvorstandssitzung,
Bremen</p> <p>30. 3. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand + KV + Vors. Ver-
ein, Kiel</p> <p>16./17. 4. MIT-Bund
27. Bundeskongreß, Osnabrück</p> <p>16. 4. MIT-Bund
Bundesvorstand, Osnabrück</p> |
|---|--|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD